

WACHSTUM DER BALLUNGSRÄUME

Grüne Infrastruktur im Siedlungsraum sichern Flächen- und Ressourcenverbrauch begrenzen

Die Grenzen des Wachstums sind weltweit längst überschritten. Der globale „Erdüberlastungstag“ („Earth Overshoot Day“) lag im Jahr 2018 bereits auf dem 1. August – an diesem Tag waren die Ressourcen der Erde verbraucht, die der Weltbevölkerung rechnerisch bei nachhaltiger Nutzung für ein Jahr zur Verfügung stehen würden. Der Erdüberlastungstag nur für Deutschland lag im Jahr 2018 auf dem 2. Mai.

Der nachhaltige Umgang mit Ressourcen wie Boden, Rohstoffen, Trinkwasser und Energie muss daher auch bei Planungsvorhaben neben den naturschutzfachlichen Aspekten vorrangig gewichtet werden.

Bedeutung und Gefährdung der Ressource Boden

Der offene Boden ist eine der wichtigsten Grundlagen für das Leben von Menschen, Tieren und Pflanzen. Er enthält eine extrem vielfältige Lebenswelt. Neben Regenwürmern, Asseln, Spinnen, Milben und Springschwänzen, leben in einer Hand voll Boden mehr Mikroorganismen als Menschen auf der Erde.

Unversiegelte Böden sind Speicher für Niederschlagswasser und ein natürliches Reinigungssystem des Grundwassers, aus dem drei Viertel unseres Trinkwassers stammen. Boden ist der größte terrestrische Speicher für Kohlenstoff und hat einen großen Einfluss auf das Klima.

Mehr als 90 Prozent der globalen Nahrungsmittelproduktion sind direkt vom Boden abhängig. Mit der weltweiten Bevölkerungszunahme und der Bodenbeanspruchung für andere Zwecke, hat sich die pro Kopf zur Verfügung stehende landwirtschaftliche Fläche von 1961 bis 2017 halbiert und sinkt weiter. Jährlich wird in Euro-

pa eine Fläche von der Größe Berlins für Siedlungs- und Verkehrszwecke umgewandelt, davon die Hälfte versiegelt. Versiegelte Böden sind auch nach einer späteren Entsiegelung für kommende Generationen dauerhaft geschädigt.

Die weltweite Tendenz des Zuzugs in die Ballungsräume, erhöht in diesen den Druck zur Inanspruchnahme des Bodens für Siedlungsbau und -erweiterung, sowie zur Nachverdichtung.

Bis 2050 werden daher voraussichtlich zwei Drittel der Menschen in Städten leben. So kommen zu den derzeit global knapp 1 Mio. km² städtischer Flächen in den nächsten Jahrzehnten 1,5 Mio. km² hinzu. Das entspricht den Flächen von Deutschland, Frankreich und Spanien zusammen.

Problem Flächenverbrauch

Unversiegelte Flächen stellen eine endliche Ressource dar, ähnlich wie fossile Energieträger. Eine weiter zunehmende Flächenversiegelung ist mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit nicht vereinbar.

- **Situation bundesweit:** Derzeit werden bundesweit täglich ca. 70 Hektar meist landwirtschaftlich genutzter Fläche für Siedlungs- und Verkehrszwecke zugebaut. Die Bundesregierung hat im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie eine Reduktion des Flächenverbrauchs auf 30 ha/Tag bis 2020 festgelegt (mittlerweile geschoben bis 2030), bis 2050 soll der Flächenverbrauch bei Netto Null liegen.
- **Situation in Hessen:** Der Flächenverbrauch in Hessen liegt derzeit bei ca. 3 Hektar pro Tag. Analog der Zielwerte der Bundesregierung wäre der hessische Anteil am Flächenverbrauch auf 1 ha /Tag bis 2020 zu reduzieren. Die Hessische Nachhaltigkeitsstrategie sieht jedoch einen Zielwert 2,5 ha pro Tag bis 2020 vor. Dieser Wert wurde für die Fortschreibung des hessischen Landesentwicklungsplans dahingehend übernommen, dass 2,5 ha pro Tag bis 2030 festgelegt werden. Beibehalten wird das Ziel Netto Null bis 2050 auch in Hessen.

Forderungen des BUND:

Die Flächenversiegelung muss perspektivisch auf Netto Null reduziert werden.

Das bedeutet auch für den urbanen Raum: wenn hier zusätzlich versiegelt wird, dann geht das in Zukunft nur dann, wenn andersorts eine flächengleiche Entsiegelung vorgenommen wird.

Dieses Ziel ist bei jeder einzelnen Planung vor Ort zu berücksichtigen.

Siehe auch gemeinsames Positionspapier des BUND Hessen und des Hessischen Bauernverbandes „Der Flächenverlust im Offenland für Siedlungs- und Verkehrszwecke muss gestoppt werden“.

► <http://cms.bund-hessen.de/hessen/dokument/2018/2018-BUND-HBV-Broschue-re-Flaechenverbrauch.pdf>

Auszug aus der Stellungnahme des BUND Hessen zur Änderung des Landesentwicklungsplans (LEP) vom 31.07.2017

„Die Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrsflächen wird landesweit bis zum 31.12.2020 auf 1,0 ha/Tag und bis zum 31.12.2050 auf Netto-Null Hektar gesenkt. Sofern das Ziel zum jeweiligen Datum nicht erreicht wird gilt es fort. Die Innenbereichsentwicklung hat Vorrang vor der Inanspruchnahme neuer Freiflächen. Die Inanspruchnahme von bisherigen Außenbereichsflächen für Wohnsiedlungs- sowie für Industrie- und Gewerbebezwecke ist nur dann zulässig, wenn keine geeigneten Flächen im Innenbereich zur Verfügung stehen. Das Erfordernis wohnortnaher Grün- und Erholungsflächen sowie klimarelevanter Ausgleichsflächen (Temperaturminderung) ist zu beachten. Die Mobilitätsbedürfnisse sind vorrangig durch den „Öffentlichen Verkehr“ zu erfüllen. Bei der Neutrassierung von Verkehrswegen und bei der Sanierung vorhandener Verkehrswege sind flächensparende Lösungen zu wählen.“

Wachstum der Ballungsräume

Der aktuell stattfindende und auch für die Zukunft prognostizierte Zuzug in wirtschaftsstarke Städte oder Ballungsräume, wie das Rhein-Main-Gebiet, führt dort zu einem rasant wachsenden Wohnungsbedarf. Verschärft wird das Problem durch den steigenden Flächenbedarf pro Kopf. So wuchs laut Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung die Wohnfläche pro Person von 39 m² im Jahr 1998 auf 45 m² im Jahr 2013 – verursacht vor allem durch den Trend zum Ein- und Zweipersonenhaushalt.

Verlierer sind angesichts steigender Miet- und Immobilienpreise die Bevölkerungsgruppen mit niedrigen und mittleren Einkommen. In vielen Kommunen steht daher die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ganz oben auf der kommunalpolitischen Agenda. Zusätzlich zur Innenverdichtung werden auch wieder große, meist landwirtschaftlich genutzte, Außenbereichsflächen für Siedlungszwecke überplant.

Gleichzeitig leeren sich die ländlichen Siedlungsräume in den strukturschwächeren Regionen, weil dort Arbeitsplätze, ÖPNV-Angebote, Nahversorger, Ärzte und soziale Infrastruktureinrichtungen fehlen.

Bewertung des BUND:

Das soziale Problem der Wohnungsnot darf auch aus Sicht eines Umweltverbandes nicht ausgeblendet werden. Unter Umweltgesichtspunkten hat der Trend zum Zuzug in prosperierende Städte und Räume sowohl Vor- als auch Nachteile, was eine pauschale Positionierung zum Wachstum in den Ballungsräumen erschwert.

So werden zwar einerseits in den Ballungsräumen weitere Freiflächen bebaut und damit ihrer vielfältigen und wichtigen ökologischen Funktionen beraubt. Es gehen fruchtbare Ackerböden verloren und der steigende Trinkwasserbedarf schädigt die bereits jetzt übernutzten Wassereinzugsgebiete wie den Vogelsberg und das Hessische Ried. Bei Siedlungsneubauten erfolgt mit dem einhergehenden Ressourcenverbrauch und den Emissionen eine erhebliche Umweltbelastung.

Andererseits kann der Zuzug in Ballungsräume Pendler- und Freizeitwege verringern, das bessere ÖPNV-Angebot ermöglicht eine ökologisch verträglichere Abwicklung des Verkehrs als im ländlichen Raum. Auch Waren- und Lieferverkehre können im städtischen Raum effizienter und umweltfreundlicher organisiert werden. Eine verdichtete und damit flächensparende Bebauung lässt sich in einem urbaneren Umfeld besser realisieren, als in ländlichen Gemeinden.

Zudem laden niedrigere Bodenpreise im ländlichen Raum zur Flächenverschwendung ein.

Konkrete Planungen können daher im Einzelfall nur unter Berücksichtigung und Abwägung diverser Kriterien beurteilt werden.

► **BUND-Kriterien zur Beurteilung konkreter Planungsvorhaben (Seite 6)**

Für die politische Diskussion im Vorfeld neuer Planungen für Siedlungs- und Gewerbeflächen sowie Infrastrukturvorhaben sind für den BUND daher u. a. folgende Fragestellungen relevant:

- ① Wird mit dem Vorhaben ein nachweislich vorhandener örtlicher Bedarf gedeckt?
- ② Dient das Vorhaben einer umweltgerechten, ressourcenschonenden und integrierten Regionalentwicklung, die die jeweils örtlichen Gegebenheiten optimal nutzt?
Oder geht es um „Standortvorteile“ gegenüber „Konkurrenten“?
- ③ Gibt es planungsrechtlich bereits gesicherte Flächen im regionalen Umfeld, die ökologisch verträglicher zu realisieren, gut an den ÖPNV angebunden und flächensparend (verdichtet) zu bebauen sind?
- ④ Werden umweltschädliche Standards und Trends im Hinblick auf z. B. Wohnflächenbedarf pro Person, Autoverkehr, Stellplatzflächen, Energieverbrauch, Wasserverbrauch, Konsumgewohnheiten übernommen bzw. fortgeschrieben, oder wird durch Maßnahmen zum Ressourcenschutz gegengesteuert?
- ⑤ Werden ggf. vorhandene Potentiale zum Flächenrecycling ausgeschöpft?
- ⑥ Werden wertvolle Grünstrukturen und Biotope zerstört oder schützenswerte Tier- und Pflanzenarten gefährdet?

Forderungen des BUND an die Landes- und Regionalplanung:

- Integration des Prinzips „Vorbeugen, Begrenzen und Kompensieren“ von Bodenverlusten in alle Politikbereiche,
- Definition von Wachstumsgrenzen für Ballungsräume (Erhalt fruchtbarer Böden, nachhaltige Trinkwasserversorgung, Sicherung von Grünstrukturen zur Biotopvernetzung),
- Stärkung der Unter- und Mittelzentren und Attraktivierung für Wohnzuzug (soziale Infrastruktur, ÖPNV) mit Innenverdichtung vor Außenbebauung,
- Stärkung der Gemeinwohlziele in der Innenentwicklung, u. a. durch gemeinwohlorientierte Vergabe von innerstädtischen Grundstücken,
- Dezentralisierung von öffentlichen Einrichtungen und Gewerbeflächen,
- Erhalt und Förderung der Regionalen Landwirtschaft und Nahversorgung,
- Entwicklung eines Instrumentariums zum Ausgleich von Flächenversiegelungen,
- Abschaffung der generellen Stellplatzpflicht in Hessen,
- Förderung von Entsiegelungsmaßnahmen.

Innenverdichtung und Neubaugebiete

Der Grundsatz „Innenverdichtung vor Neubauf Flächen im Außenbereich“ ist richtig, muss aber den Erhalt und die Förderung der grünen Infrastruktur sowie eines gesunden Wohnumfeldes für alle Bevölkerungsschichten berücksichtigen.

Grundsätzlich sind verdichtete Baukonzepte umzusetzen – die Ausweisung großflächiger Einzelhausgebiete muss ein Ende haben.

BUND-Anforderungen an die Innenverdichtung:

- Zusätzliche Versiegelung und Grünflächeninanspruchnahme konsequent vermeiden durch
 - Gebäudesanierung statt Neubau,
 - Nachverdichtung in die Höhe, nicht in die Fläche,
 - Aufstockung vorhandener Gebäude (auch Gewerbebauten),
 - Überbauung bereits versiegelter Flächen (z.B. Stellplätze),
 - Stellplatzflächen reduzieren, ggf. Stellplatzsatzung ändern
 - Stellplätze mehrfach nutzen, z.B. Gewerbeparkplätze über Nacht für Anwohnerparken,
- Grünausstattung, Grünvernetzung und Biodiversität sichern und fördern,
- Fassaden-, Dachbegrünungen und Dachgärten (in Kombination mit/und Solarenergie) fördern,
- Bodenschutz/Regenrückhaltung sichern, Flächen (auch kleinräumig) entsiegeln und begrünen,
- Durchlüftung und Abkühlung sicherstellen,
- Lärmschutz sicherstellen,
- Umweltgerechtigkeit herstellen: Wohnumfeldqualität auch für Haushalte mit niedrigen Einkommen erhalten und verbessern,
- Nutzungsmischung von Wohnen und Gewerbe umsetzen,
- Stellplätze für E-Mobilität, Carsharing reservieren,
- Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung wie Shared Space, Tempolimit umsetzen.

Neuerungen im Baurecht

Die Baurechtsnovelle 2017 beinhaltet die neue Gebietskategorie „Urbanes Gebiet“ und – befristet bis 31.12.2019 – ein beschleunigtes Verfahren für Bebauungspläne im Außenbereich

Urbane Gebiete: (Auszug Baunutzungsverordnung § 6a) (1) Urbane Gebiete dienen dem Wohnen sowie der Unterbringung von Gewerbebetrieben und sozialen, kulturellen und anderen Einrichtungen, die die Wohnnutzung nicht wesentlich stören. Die Nutzungsmischung muss nicht gleichgewichtig sein. Damit soll u.a. eine höhere bauliche Dichte (GRZ 0,8) ermöglicht werden. Die Lärmgrenzwerte wurden für diese Gebietskategorie erhöht auf 63 dB (A) tags und 48 dB (A) nachts.

BUND-Position: Die Zielsetzung, Wohnraum zu konzentrieren und kurze Wege zu ermöglichen wird grundsätzlich unterstützt. Allerdings fordert der BUND eine ausreichende Durchgrünung, die Reduzierung der zulässigen GRZ (Grundflächenzahl) auf 0,6 und die Reduzierung der Lärmgrenzwerte auf die bereits für Mischgebiete geltenden 60 dB (A) tags und 40 dB (A) nachts.

► **BUND-Stellungnahme:** www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/bund/bund_staedtebaurecht_urbane_gebiete_stellungnahme.pdf

Beschleunigte Verfahren im Außenbereich: Der neue §13b BauGB ermöglicht befristet bis 31.12.2019 die Anwendung des beschleunigten Verfahrens ohne Umweltprüfung und Ausgleichsmaßnahmen für eine bebaubare Grundstücksfläche von bis zu 10.000 m² auch im Außenbereich. Dieses Verfahren war nach § 13a BauGB bisher nur für den Innenbereich zulässig und sollte der vorrangigen Innenentwicklung dienen.

BUND-Position: Der BUND lehnt das beschleunigte Verfahren für Außenbereichsvorhaben strikt ab.

► **Gemeinsame Stellungnahme BUND/NABU:** www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/nachbarnatur/170301-nabu-stellungnahme_baugb-novelle_bund-nabu.pdf

Gemeinsam mit anderen Umweltverbänden hat der BUND bei der EU-Kommission Beschwerde eingelegt.

BUND-Kriterien zur Beurteilung konkreter Planungsvorhaben

Wohnungsbau

!!! Konsequente Bedarfsprüfung

!!! Konsequente Prüfung von ggf. vorhandenen Alternativflächen in der Region und in der Kommune

Sicherung von klimatisch bedeutsamen (klimaökologischen) Vorrangflächen

Sicherung/Ausbau der Grünvernetzung

Sicherung wertvoller Biotopflächen und Artenschutz

Sicherung von fruchtbaren Böden

!!! Langfristig gesicherte Ausgleichsmaßnahmen vor Ort, ggf. in Abstimmung mit der örtlichen Landwirtschaft

Ggf. Untersuchung und Sanierung von Altlasten

!!! Verdichtete Bauweise/Geschosswohnungsbau (mind. 3-4 Stockwerke)

!!! Keine Einfamilien- und Doppelhäuser (Ausnahmen nur bei Schließung kleiner Baulücken und Arrondierungen)

Flexible Nutzungsmöglichkeiten, Mehrgenerationengebäude, Wohnprojekte

Lärmbelastung (Verkehr) minimieren, Regelgeschwindigkeit innerörtlich Tempo 30

Fassaden- und Dachbegrünungen

Dächer mit Solarenergienutzung

Regenwasserversickerung

Brauchwassernutzung

Klimaschutz-/Energiekonzept

Einsatz von unbelasteten, recycelten Baustoffen/nachwachsenden Rohstoffen

Gemeinschaftsgärten/Kinderspielflächen in Wohnblock-Höfen

Naturnahe öffentliche Grünflächen mit heimischen Blühpflanzen, Bäumen, Hecken

!!! ÖPNV-Anbindung, Rad- und Fußwegenetz, ggf. Mobilitätsstationen in Kombination mit ÖPNV

Autofreie Quartiere, erforderliche Stellplätze in Tiefgaragen oder mehrgeschossig

Stellplätze für Car-Sharing

Gebäudevorrüstung und Stellplätze für E-Mobilität

Ergänzende Kriterien Industrie/Gewerbe

!!! Industrie/Gewerbe/großflächiger Einzelhandel nur bei nachgewiesenem lokalen/regionalen Bedarf, z.B. Sicherung lokaler Firmenstandorte (Erhalt Arbeitsplätze), regionale Funktion (z.B. Abfallentsorgung)

!!! Keine kommunalen Konkurrenzplanungen, sondern regionale Kooperation

!!! Günstiges Verhältnis Arbeitsplätze/Fläche

!!! Flächensparende Bauweise, möglichst mehrgeschossig

!!! Stellplätze in Tiefgaragen oder mehrgeschossig

Naturnahe Eingrünung

!!! Kriterien zum Flächenschutz, bei deren Nichterfüllung die Ablehnung des Vorhabens empfohlen wird.

WEITERE INFORMATIONEN

Publikationen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) sowie des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUKLV):

BMUB: Grünbuch Stadtgrün

https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/bauen/wohnen/gruenbuch-stadtgruen.pdf;__blob=publicationFile&tv=3

HMUKLV: Nachhaltige Innenentwicklung für Wohnungsbau – Beispiel aus Städten und Gemeinden Hessens

<https://www.hessen.de/presse/infomaterial/12/nachhaltige-innenentwicklung-fuer-wohnungsbau>

BMUB: Bodenzustand in Deutschland (2015)

www.umweltbundesamt.de/publikationen/bodenzustand-in-deutschland

BMUB: Factsheet (2015). Stark gefährdet – der Boden unter unseren Füßen

www.umweltbundesamt.de/publikationen/stark-gefaehrdet-der-boden-unter-unseren-fuessen

BMUB: Vierter Bodenschutzbericht der Bundesregierung (2017)

https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Bodenschutz/vierter_bodenschutzbericht_bf.pdf

Positionen/Publikationen hessischer BUND-Untergliederungen:

BUND OV Frankfurt Nord: Städtebau und Stadtnatur auf umkämpfter Fläche!

www.bund-frankfurt.de/fileadmin/bundgruppen/bcmsfrankfurt/Stadt-_und_Landschaftsplanung/Stadtnatur_BUND_November2017.pdf

BUND OV Frankfurt Nord: Frankfurt nicht die Frischluft und die Freiflächen nehmen

www.bund-frankfurt.de/fileadmin/bundgruppen/bcmsfrankfurt/Newsletter_Dateien/Themen_und_Inhalte/Frankfurt_nicht_die_Frischluft_und_die_Freiflaechen_nehmen.pdf

Positionen anderer BUND-Untergliederungen:

BUND Bundesverband: Kommunale Suffizienzpolitik, Strategische Perspektiven für Städte, Länder und Bund, Kurzstudie des Wuppertal Instituts f. Klima, Umwelt, Energie (2016)

www.bund.net/service/publikationen/detail/publication/kommunale-suffizienzpolitik-strategische-perspektiven-fuer-staedte-laender-und-bund/

Arbeitskreis Zukunftsfähige Raumnutzung im BUND-Bundesverband: Zukunftsfähige Raumnutzung. Boden gut machen! Position Nr. 44 (2008)

www.bund.net/service/publikationen/detail/publication/zukunftsfaeihige-raumnutzung-boden-gut-machen/

BUND Landesverband Baden-Württemberg: Flächenfraß zerstört Vielfalt von Lebensräumen

www.bund-bawue.de/themen/mensch-umwelt/flaechenschutz/

Bund Naturschutz-Straubing: Flächenressourcenschonung erfordert verdichtet Bauweise

straubing.bund-naturschutz.de/themenaktivitaeten/flaecheninanspruchnahme-drastisch-verringern.html

BUND Regionalgruppe Leipzig: Nur lebendige Städte wachsen – Grünflächen für alle. Leit Antrag 2017

www.bund-leipzig.de/fileadmin/leipzig/PDF/Leit-antraege/Leit-antrag_2017_der_BUND_Regionalgruppe_Leipzig.pdf

BUNDhintergrund. BUND Bundesarbeitskreis Bodenschutz/Altlasten (2008)

www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/landwirtschaft/landwirtschaft_bodenschutz_im_bund_hintergrund.pdf

Bodenatlas. Daten und Fakten über Acker, Land und Erde. 2015

<https://www.bund.net/service/publikationen/detail/publication/bodenatlas-2015/>

Weitere Informationen/Best-Practice-Beispiele:

Deutsches Institut für Urbanistik:
Bodenpolitische Agenda 2020 – 2030

<https://difu.de/publikationen/2017/bodenpolitische-agenda-2020-2030.html>

Minderung der Flächeninanspruchnahme
Positionspapier Bayerischer Gemeindetag

www.bay-gemeindetag.de/Presse/PositionspapierzumFlaechenverbrauch.aspx

Daniel Fuhrhop: Verbietet das Bauen – Eine Streitschrift. Oekom-Verlag. München, 2015. ISBN-13: 978-3-86581-733-4. Preis: 17,95 €

Ökologisches Baustoffinformationssystem

www.wecobis.de

Miethäusersyndikat- Selbstorganisiert wohnen – solidarisch wirtschaften!

www.syndikat.org/de/

Boden-Netzwerk/Bundesverband Boden e.V.:
Bodenwelten

<http://www.bodenwelten.de/>

Boden-Netzwerk: Urban Farming, urban gardening, vertikale Landwirtschaft

www.grund-zum-leben.de/themen/staedte/

Das Parlament Nr. 34 – 36. 21.08.2017. Thema Stadtentwicklung.

www.das-parlament.de/2017/34_36

Bundeszentrale für politische Bildung: APuZ 48/2017. Thema Stadt.

www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/260071/stadt

Sonnenseite – ökologische Kommunikation mit Franz Alt

www.sonnenseite.com/de/

Sonneninitiative e.V.

www.sonneninitiative.org/home.html

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Hessen e.V.
Geleitsstraße 14, 60599 Frankfurt am Main
Tel. 069/67 73 76-0, bund-hessen@bund-hessen.de, www.bund-hessen.de
Text und Redaktion: Julia Beltz, Jochen Kramer, Michael Rothkegel, Herwig Winter
April 2018